



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Julius Fröbels Theorie der Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Entscheidungen im Westen, Abwarten und Stillstand im Osten. Und wenn man Unsicheres wagen und die Zukunft voraussagen will, so darf man behaupten, daß der Westen sich zu einem freien Staate consolidiren und den freien Ausfluß des Mississippi gewinnen, während der Norden nach englischem, der Süden nach französischem Muster festere Staatsformen sich aneignen wird.

Julius Fröbels Theorie der Politik.

Fröbel, Theorie der Politik als Ergebnis einer erneuten Prüfung demokratischer Lehrmeinungen. 2 Bände. Wien. Band 1, 1861, Band 2, 1864.

Der erste im Jahre 1861 erschienene Theil des vorliegenden Werkes, der „die Forderungen der Gerechtigkeit und Freiheit im Staate“ behandelt, ist bereits so bekannt, daß es nicht nöthig erscheint, nochmals ausführlich über ihn zu berichten. Diesem ersten Theile ist das Verdienst nicht abzusprechen, daß er, wenn auch durch die consequente Anwendung des Zweckbegriffes auf den Staat wesentliche neue Ergebnisse nicht herbeigeführt sind, doch mit dazu beigetragen hat, manche unklare Begriffe schärfer zu bestimmen, manche irrige Auffassung zu berichtigen. Ein neues Princip der Staatswissenschaften, eine Umgestaltung des constitutionellen Systems ist aus ihm nicht hervorgegangen; die könnte nach unserer Ueberzeugung nur aus dem eingehenden Studium der Verhältnisse, wie sie sich in den einzelnen Verfassungsstaaten gestaltet haben, sich ergeben. Eine Schematisirung, wie sie der Herr Verfasser mit Vorliebe in Anwendung bringt, wirkt nur in sofern fördernd, als sie anregt und geläufige und festgewurzelte, oft aber mit Einseitigkeiten und Unklarheiten behaftete Begriffe in Fluß bringt; neue Grundlagen der Staatswissenschaften werden dadurch nicht geschaffen.

Häufig verfällt übrigens der Verfasser, während er eine Einseitigkeit bekämpft, in eine andere. Wir verweisen zum Belege für diese Behauptung auf das Schema für die Organisation des Staates in seiner gedankenmäßigen Vollendung. (S. 201 f.) Dies Schema enthält die Organe des Staates, wie sie in jedem Verfassungsstaate vorkommen. Das Neue daran ist besonders die Anordnung nach den Staatsschichten der hohen und niedern Politik. Wenn in dieser Anordnung die Zweige der Gesetzgebung, Oberhaus und Unterhaus,

in die Sphäre der niedern Politik eingereicht werden, so ist dies doch eine einseitige Auffassung und zwar aus zwei Gründen: 1) gehört die Gesetzgebung nicht ausschließlich der Sphäre der niederen Politik an, und 2) beschränkt sich die Wirksamkeit der Kammern keineswegs auf die Gesetzgebung, sie greift vielmehr, nicht aus Anmaßung, sondern der Natur der Dinge nach vielfach in Gebiete über, die unzweifelhaft der höhern Politik angehören, wie der Herr Verfasser selbst anzuerkennen scheint.

Auch in Betreff des zweiten Theils, der „die Thatsachen der Natur, der Geschichte und der gegenwärtigen Weltlage als Bedingungen und Beweggründe der Politik“, also das ganze Gebiet der Machtfrage und realen Verhältnisse behandelt, haben wir im Allgemeinen dasselbe zu bemerken. Es werden hier zunächst die Verhältnisse besprochen, die sich aus den mannigfachen, nothwendigen Ungleichheiten der menschlichen Gesellschaft ergeben, die Verschiedenheiten nach Stand, Vermögen, Race, Nationalität. Auch in Betreff dieser allgemeinen Betrachtungen sei daher noch bemerkt, daß der Verfasser zum Theil nicht ohne Einsicht und Erfolg bemüht ist, widerstrebende Ansichten zu vermitteln, und dem Radicalismus der Ideen, der aus einer einseitigen Auffassung der Dinge entspringt, die Realität der Verhältnisse entgegenzustellen, freilich ohne daß es ihm gelungen ist, sich selbst von Einseitigkeiten frei zu halten. So, um eine gelegentliche Bemerkung, die weniger an sich als wegen der von ihr gemachten Anwendung charakteristisch ist, als Beispiel anzuführen, beschränkt Fröbel den Satz: „Wissen ist Macht“ durch den Zusatz: „aber die Vielwisserei kann einen Staat zu Grunde richten.“ Der Bemerkung liegt der richtige Gedanke zu Grunde, daß ein einseitiges Vorwiegen ästhetischer Interessen oder philosophischer Reflexion und Grübele in einer Nation ein Zeichen anormaler Zustände ist; unrichtig ist aber, daß derartige Bildungserscheinungen die Ursachen des Verfalles sind; sie sind vielmehr Symptome einer innern Krankheit des Staatskörpers, und der Staatsmann, der, statt eine andere Art der Thätigkeit zu beleben, nur in negativer Weise den Uebertreibungen der Cultur in gewissen Richtungen entgegenarbeiten wollte, würde gerade so verfahren, wie der Arzt, der die Heilung einer Krankheit von einem Unterdrücken der Symptome erwartet. Die nun folgende Anwendung des Satzes ist natürlich gegen Preußen gerichtet. Preußen ist der Kerl, der speculirt und der den Weg aus der dünnen Haide nicht herauszufinden weiß. „Die eigenthümliche Unfruchtbarkeit und Gehaltlosigkeit der preussischen Politik ist nur ein Ausdruck der unfruchtbaren speculativen Richtung der preussischen Politik überhaupt.“ Schließlich äußert sich Fröbel dahin: Man müßte das gesammte preussische Erziehungswesen vom Staate emancipiren und dem Privatleben übergeben, wenn das Uebel schnell und gründlich geheilt werden sollte. Wir fürchten leider, daß selbst diese heroische Cur nicht die gewünschten Früchte bringen würde. Doch genug von

diesen kleinen Seltsamkeiten, die sich bei jeder Erwähnung Preußens wiederholen, gelegentlich mit Variationen, die nicht ganz zu den obigen Vorwürfen passen, wie z. B. bei Erwähnung der „frivolon“ Kriege Friedrichs des Zweiten die Erfolge der allerdings aufs Böse gerichteten Thätigkeit Preußens anerkannt werden, und wie auch noch sonst gelegentlich eine gewisse Tüchtigkeit im Bösen Preußen nicht völlig abgesprochen wird. Auch der Zollverein dürfte vom Standpunkte des Verfassers wohl eher zu den Ergebnissen der bössartigen als der unfruchtbaren Seite der Politik zu rechnen sein.

Ausführlicher müssen wir auf die Betrachtungen über die gegenwärtige Lage des Staatensystems, insbesondere über die deutschen und österreichischen Verhältnisse eingehen. Es ist dies eine Specialität des Verfassers; er vertritt die Triasidee, die nach ihm als die neueste Manifestation des nach einer nationalen Gestaltung ringenden Deutschlands anzusehen ist. Diese Idee ist mit solchem Aplomb auf der Bühne des öffentlichen Lebens erschienen, sie hat seit ihrem ersten Auftauchen eine so große Nüchternheit, man könnte sagen *πολυπραγμοσύνη* bewährt, daß es von besonderem Interesse ist, sich von der Reconstruction des europäischen Staatensystems auf Grundlage der deutschen Trias einen Begriff zu machen.

Für die Gestaltung der deutschen Verhältnisse ist nach Fröbel von entscheidender Bedeutung das Uebergewicht Frankreichs im Staatensystem. Amerika und Rußland nämlich gehören dem europäischen Staatensystem gar nicht an*), und die große Frage der Zukunft ist also, ob es dem europäischen Abendland d. h. dem ganzen Europa außer Rußland gelingen wird, sich zu dem Bewußtsein seiner Zusammengehörigkeit, ähnlich wie im christlichen Mittelalter, zu erheben. In den Mittelpunkt des ganzen politischen Weltgebäudes, in dem Europa zwischen Amerika und Rußland gestellt ist, ist aber Frankreich gerückt; den einzelnen europäischen Nationen und Staaten ist nur noch die Bedeutung untergeordneter Glieder eines größern politischen Körpers übrig geblieben. Der Einsicht in dies Verhältniß hat Napoleon der Dritte in den Worten Ausdruck gegeben: Ein europäischer Krieg ist ein Bürgerkrieg. Der Krimkrieg, der Versuch, Polen wieder dem abendländischen Machtgebiete, dem es angehört, zu gewinnen**), der Gedanke des europäischen Congresses, alle diese Schritte und Pläne sind correcte Folgerungen aus einer correcten Anschauung der Weltlage. Und wenn es Napoleon gelingt, in Bezug auf Amerika ebenso genau die richtige

*) Wohl aber Polen. Daher die polnische Frage im Großen nichts ist, als eine „Grenzfrage zwischen dem eigentlich europäischen und dem slawo-tartarischen Machtgebiete.“

**) Wie diese Ansicht des Verfassers zu der S. 260 geäußerten stimmt, es könne Frankreich mit einer Wiederherstellung Polens nicht Ernst sein, vermögen wir nicht zu ermitteln, wenn wir auch die Tendenz derselben wohl begreifen.

Grenzlinie einzuhalten, so wird durch ihn, bei allem Widerstreben, Frankreich zum natürlichen Führer der abendländischen Politik werden. Somit würde also ein heiliges römisches Reich gallischer Nation an die Stelle des beseitigten heiligen römischen Reiches deutscher Nation treten. Diese Stellung Frankreichs steht aber mit dem System der Pentarchie, in der Rußland das präponderirende Glied war, in Widerspruch, weshalb Frankreich der eifrigste Gegner der Pentarchie sein muß. „Nicht nur das Frankreich der Napoleoniden, nein — das moderne Frankreich, — das Frankreich, welches sich ohne seinen Willen (!) in die Mitte des politischen Weltsystems gestellt sieht, kann sein Dasein mit der russisch-europäischen Pentarchie nicht in Uebereinstimmung bringen.“ Frankreich will eine andere Pentarchie, die sich in folgendem Schema darstellt:

England		Preußen
	Frankreich	
Spanien		Oestreich

Indessen auch dies neue pentarchische System ist noch nicht das rechte; auf die Untersuchung der Frage allerdings, ob sich ein Staat ohne Weiteres zur Großmacht pressen läßt, geht der Verfasser weiter nicht ein; aber der Fehler ist, daß in diesem System Deutschland keine Stelle findet. „Wäre Deutschland bei dem Dualismus Preußens und Oestreichs beruhigt, so wäre dieses Schema der Ausdruck dessen, was unwiderruflich ist!“ Aber Frankreich muß mit der deutschen Nation und ihrer Unzufriedenheit über die Spaltung ihrer beiden Großmächte rechnen. Aus diesen und einigen andern Prämissen geht für Frankreich unvermeidlich eine Rheinbundspolitik hervor, während Deutschland im engeren Sinne, das außerösterreichische und außerpreussische Deutschland — es naturgemäß vorziehen muß, eine dritte deutsche Macht zu bilden, statt zwischen Oestreich und Preußen getheilt zu werden. Die deutsche Triaspolitik kommt auf diese Weise der französischen Rheinbundspolitik halbwegs entgegen und eine besser verstandene Rheinbundspolitik, welche von Seiten Frankreichs nichts als die Gründung einer dritten deutschen Macht bezweckt ohne eine Abtretung deutschen Gebietes oder eine Vormundschaft über das dritte deutsche Gebiet zu begehren, ist in der Gesamtheit der Weltverhältnisse für Frankreich prädestinirt. Deutschland aber ist seit dem frankfurter Congresse und seiner Erfolglosigkeit zur Trias reif. „In der Handelspolitik, in der Bundesreform in der deutsch-dänischen Streitfrage, — in jedem großen Interesse Deutschlands sehen wir den Anlaß zu einer dreieitlichen Stellung der deutschen Staaten und in jedem dieser Fälle treibt das französische Interesse zur Unterstützung aller auf die Triasbildung hinielenden Streberichtungen.“

Allerdings würde der Verfasser einem geeinigten Großdeutschland den Vorzug geben. Indessen würde, wie das Schema auf Seite 265 ergibt, ein Großdeutschland zu einem europäischen Dualismus von Frankreich und Deutschland

führen, Europa würde wieder bei dem verduner Vertrage angelangt sein. Ein Kampf zwischen Frankreich und Deutschland auf Tod und Leben wäre unvermeidlich, wenn nicht beide sich verständigten; also muß Oestreich sich mit Frankreich verständigen, so fern es jemals hofft, ein solches Deutschland unter seiner erneuten Führung herzustellen. „Sich durch Erwägungen, welche nicht zur Sache gehören, abhalten zu lassen, wäre gänzlich unstaatsmännisch.“ Indessen ist dem Verfasser eine derartige Einigung Oestreichs mit Frankreich auf Grund eines großdeutschen Programms doch nicht recht wahrscheinlich, weshalb er wieder auf die Triasidee zurückkommt, die den gegenwärtigen Verhältnissen Deutschlands wie Europas am meisten entspricht. Frankreich ist dieser Lösung der deutschen Frage principiell günstig; Oestreich würde in einer triadischen Gliederung Deutschlands „seinen Widerstreit mit Preußen lösen (!) ohne seine eigene Integrität zu gefährden, ohne das Nationalitätsprincip anzuerkennen, und ohne des deutschen Rückhaltes verlustig zu gehen, dessen es für seine südöstliche Mission nicht entbehren kann.“ Was Preußen betrifft, so rät der Verfasser Oestreich, seinen ganzen Einfluß daran zu setzen, Preußen dafür zu gewinnen. Was nach Herrn Fröbels Meinung geschehen soll, wenn Preußen, wie doch nicht ganz unwahrscheinlich ist, sich für die Triasidee nicht gewinnen läßt, haben wir nicht ersehen. Das Entscheidende ist immer, daß Frankreich die Triasidee begünstigt, woraus für Oestreich folgt, daß es sich vor allem mit Frankreich in ein gutes Einvernehmen zu setzen hat. Die französisch-österreichische Alliance ist der Mittelpunkt des neuen Europa. Mit Frankreich verbündet, d. h. doch wohl, da Frankreich der prädestinirte Hegemon Europas ist, unter Frankreichs Patronat, hat Oestreich weder die venetianische, noch die orientalische Frage zu fürchten; mit Frankreich verbündet ist es zugleich des englischen Bündnisses sicher, ja es scheint Oestreich eigentlich dazu berufen, die Vermittlerrolle zwischen Frankreich und England zu übernehmen. Dies sind im Allgemeinen die Ansichten des Herrn Verfassers über die Weltlage.

Was nun den Anschluß an Frankreich betrifft (denn der Verfasser giebt sich durchaus nicht die Mühe, etwa zu beweisen, daß Oestreich als gleichmächtig in den Bund treten sollte), so erlauben wir uns zunächst an den Lärm zu erinnern, welchen die großdeutsche Presse über Preußens Vaterlandsverrath erhob, den es im Abschluß des Handelsvertrages geübt haben sollte. Es ist die alte Geschichte, die stets neu bleibt: jede Annäherung Preußens an Frankreich ist ein Abfall von Deutschland; mit Oestreich ist es ganz etwas anderes; wenn Oestreich sich beeilt, die Thatsache, daß Frankreich das Centrum Europas ist, anzuerkennen, so handelt es echt staatsmännisch und weise, denn was könnte es helfen, einer unvermeidlichen Prädestination die Anerkennung zu versagen? Natürlich prädestinirt muß die Thatsache sein, weil sich sonst gar nicht die Untersuchung umgehen ließe, ob dann die Anerkennung des französischen Uebergewichts schlechter-

dings nothwendig wäre. Denn die Erwägung, daß Frankreich sowohl der Realisirung des großdeutschen Siebzigmillionenreiches wie der des kleindeutschen Ideals abgeneigt ist, daß es dagegen die Gestaltung eines triadischen Deutschlands begünstigt, diese Erwägung allein wäre noch nicht ausreichend, um zur Annahme der Triasidee zu nöthigen. Die Nöthigung tritt ein, sobald die Präponderanz Frankreichs unwiderruflich und die Unfähigkeit, etwas gegen Frankreichs Willen durchzusetzen, unbestreitbar ist. Die ganze Argumentation des Verfassers geht von einem Sage oder vielmehr einer Reihe von Sätzen aus, deren Beweis allerdings zum Theil angetreten ist, die aber keineswegs genügend bewiesen sind. Vor allem sind die angeführten Ansichten über die Stellung Frankreichs in hohem Grade übertrieben. Das Verfahren, eine Thatsache, die als solche für den Augenblick unbestreitbar sein mag, ohne Weiteres zu einem dauernden historischen Gesetze zu erheben, ist vom Standpunkte der Wissenschaft wie der praktischen Politik aufs entschiedenste zurückzuweisen. Daß das imperialistische Frankreich seit einem Jahrzehnt einen überwiegenden Einfluß in Europa ausübt, liegt vor Augen; daß es die Absicht hat, diesen Einfluß zu steigern und zu einem dauernden zu machen, läßt sich nicht bezweifeln. Das Uebergewicht ist nach Fröbel ein legitimes; indem Frankreich dasselbe zur Anerkennung zu bringen sucht, verfährt es rein defensiv. Es ist nach Fröbel für dies Verhältniß auch ganz gleichgiltig, ob ein Napoleonide oder etwa ein Orleans in Frankreich herrscht. Daran ist so viel richtig, daß die Präension, die tonangebende Macht in Europa zu sein, von dem System, welches gerade in Frankreich herrscht, unabhängig ist; ja auch das wollen wir zugeben, daß die Popularität jedes Systems bis zu einem gewissen Grade von der Energie bedingt ist, mit der es dieser Präension Geltung zu verschaffen weiß. Wir geben dies zu, weil die allerdings vorhandene auf politische Decentralisation und politische Freiheit gerichtete Gegenströmung bis jetzt zu wenig nachhaltige Kraft und Verständniß für die Größe und unermessliche Schwierigkeit ihrer Aufgabe bewährt hat, um bereits die Bürgschaft für Dauer und maßgebenden Einfluß zu gewähren. Wir machen also dem Verfasser jedes Zugeständniß, welches er wünschen kann. Nun ist es aber doch klar, daß die französischen Ansprüche nur durch eine überaus feine und kluge Politik aufrecht erhalten werden können, eine Politik, die geschickt genug ist, die Bildung einer jeden Coalition gegen Frankreich zu verhindern, eine Politik, die stets gedeckt verfährt und aufs sorgfältigste bemüht ist, sich niemals eine Blöße zu geben, kurz eine Politik, wie sie das Vorrecht des staatsmännischen Genies ist. Und eine die Selbständigkeit Europas bedrohende gegenwärtig noch nicht einmal vollendete, nur noch prätendirte Thatsache, die, so weit sie sich entwickelt hat, ganz die Schöpfung einer überlegenen politischen Klugheit ist, die bei jedem Mißgriffe einem vollständigen Scheitern ausgesetzt ist, soll ein historisches Ge-

sey sein? Die Behauptungen, welche die Ansicht stützen sollen, sind ebenso seltsam, wie die Ansicht über Frankreichs providentielle Stellung als heiliges römisches Reich gallischer Nation selbst. Rußland wird einfach aus dem europäischen Staatensystem herauschematisirt; daß die Stellung eines Staates zu einem System von dem Einfluß abhängt, den derselbe auf das System auszuüben vermag, kommt weiter nicht in Betracht. In der That verhält es sich doch vielmehr so, daß jede Steigerung der napoleonischen Macht Rußland, sei es als Verbündeten Napoleons, sei es als Glied einer gegen ihn gerichteten Coalition, nur noch fester mit dem europäischen Staatensystem verknüpfen wird. Wie Frankreich sich mit der Eifersucht Englands abzufinden haben wird, macht dem Verfasser allerdings einige Bedenken. Die Bemerkung, daß für die englische Politik die politische Macht an sich gar kein Interesse hat (!), reicht doch nicht aus, um den Verfasser zu beruhigen; er ertheilt daher Napoleon den Rath, sich auf dem Meere möglichst wenig zu schaffen zu machen, im Uebrigen ist es eben Oestreichs Beruf, Frankreich und England mit einander in gutem Vernehmen zu erhalten.

Nehmen wir nun aber einmal mit dem Verfasser an, Frankreichs Macht stünde so fest, daß es Thorheit wäre, dies nicht durch Unterwerfung unter das Unvermeidliche anzuerkennen; nehmen wir ferner an, daß Oestreich, um sich vor völligem Zerfallen zu sichern, nichts übrig bleibe, als Frankreich seine Freundschaft anzutragen, so fragt es sich doch vor allem, will Napoleon eine Alliance mit Oestreich? Folgt dies etwa daraus, daß er die Gruppe der Mittelstaaten begünstigt? Schwerlich. Es läßt sich allerdings nicht behaupten, daß er unter gewissen Umständen nicht auch eine Alliance mit Oestreich für wünschenswerth halten kann. Mit aller Sicherheit aber läßt sich behaupten, daß an ein dauerndes, principiellcs Bundesverhältniß zwischen Frankreich und Oestreich für jetzt nicht zu denken ist. Ist Oestreich bereits in der Lage, seinem Verbündeten die Vortheile zu sichern, die derselbe von einer dauernden Alliance fordern kann? Oestreich ist gefährdet, sobald es sich im Gegensatz zu Preußen befindet. Daß das Verfolgen der Triasidee ihm Preußens Unterstützung unter allen Umständen entziehen würde, ohne ihm als Ersatz dafür die Kräfte des mittelstaatlichen Deutschlands zur Verfügung zu stellen, ist denn aber doch einleuchtend. Diese vielfach drückende Abhängigkeit Oestreichs von den deutschen Verhältnissen kann natürlich unter Umständen Oestreich zu einem sehr willkommenen Allirten Frankreichs machen; würde Oestreich aber in einem solchen Schützlingsverhältniß seine Rechnung finden? Würde es nicht vom ersten Tage des Bündnisses an auf Mittel und Wege sinnen, dasselbe wieder zu lösen? Auch sieht Herr Fröbel selbst sehr wohl ein, daß Frankreich unter Umständen einem Bündniß mit einer andern Macht, z. B. mit Rußland, vor dem mit Oestreich den Vorzug geben könnte. Indessen beruhigt der Verfasser sich darüber leicht, da nur die äußerste Bedränge-

niß einer vorübergehenden Lage eine vorübergehende Verständigung zwischen Rußland und Frankreich für ein politisches Ziel bewirken könne. In das Verderben, welches eine derartige Chimäre über die Welt bringen müßte, würden doch gewiß Frankreich und Rußland mitstürzen. Diese Behauptung ist so gewagt, daß man ungern eine Begründung derselben vermißt. An der ganzen Argumentation des Verfassers ist das richtig, daß, wenn Frankreich in einer engen Verbindung mit Oestreich seine legitime Mission, das Centrum des Abendlandes zu sein, durchführen kann, es nicht nöthig hat, sich nach einer andern Alliance umzusehen. Man braucht den Gedanken aber nur so auszusprechen, um klar zu sehen, daß Oestreich damit eine Resignation zugemuthet wird, die sehr schlecht zu der oft ausgesprochenen Behauptung von der europäischen Nothwendigkeit Oestreichs stimmt. Nach unsrer Ansicht, in der wir durch Fröbels Argumentation nur noch bestärkt worden sind, würde ein Versuch Oestreichs, in Frankreich einen Stützpunkt für seine Existenz zu suchen, nur die Schwäche des Kaiserstaats offen darlegen, und denselben, falls Frankreich augenblicklich auf östreichische Freundschaftsanträge einzugehen geneigt sein sollte, in die bodenlosesten Abwege führen, aus denen der Rückweg schwer zu finden sein möchte. Doch für jetzt genug hiervon, da wir die gegenwärtige Stellung Oestreichs nächstens zum Gegenstande einer besonderen Besprechung zu machen gedenken.

Indessen setzen wir einmal den Fall, daß Oestreich auf Grundlage der Trias-idee sich mit Frankreich verständigen könnte, nehmen wir ferner an, daß eine derartige Verständigung Oestreich den einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten seiner Lage böte, so fragt sich doch (und dies ist für uns doch wohl der entscheidende Punkt): ist Deutschland mit einer solchen Lösung der nationalen Frage geholfen, und hat ferner die triadische Gestaltung Deutschlands Aussicht, von der Nation und den einzelnen Staaten angenommen zu werden, wovon doch ihre Durchführbarkeit allein abhängig ist? Was die erste Frage betrifft, so erleichtert uns Fröbel selbst die Antwort. Er spricht es nämlich (S. 266) mit aller Entschiedenheit aus, daß Oestreich gar nicht daran denken könne, seine Interessen ganz und vollständig mit denen Deutschlands zu verschmelzen, und daß es, so lange wir nicht seine Stellung als europäische Großmacht mit der eines wiederhergestellten und verbesserten deutschen Reiches (eine Beendigung der Dinge, an die Fröbel selbst gar nicht glaubt) vertauscht sehen, die Bedingungen seiner eigenen besonderen Macht immer über den Vortheil Deutschlands stellen wird. Es ist höchst erfreulich, daß dieser Gedanke, der, so oft er von kleindeutscher Seite her ausgesprochen wird, stets einen Sturm der Entrüstung im gegnerischen Lager erregt, endlich auch bei den wärmsten Anhängern Oestreichs die gebührende Anerkennung gefunden hat. Was folgt nun aber aus diesem Zugeständniß? Doch nichts anderes, als daß das nach Herrn Fröbels Ideen neugestaltete Deutschland von vorn herein darauf zu verzichten ha-

ben würde, seine Interessen ganz und vollständig zur Geltung zu bringen. Oestreich als das vornehmste Glied der Dreierheit arrangirt die ganze Sache mit Frankreich, Preußen wird überredet, die reindeutsche Gruppe stimmt selbstverständlich bei, und die Trias, der wohlwollenden Theilnahme Frankreichs sicher, ist fertig. Fröbel rühmt an der reindeutschen Gruppe, daß sie recht eigentlich die deutschen Ideen im Gegensatz zu Oestreich und Preußen vertrete. Und doch soll sie zum Lohn für ihre echt deutsche Gesinnung an die Politik einer Macht gekettet werden, die ihre Interessen, wie Fröbel gar nicht bestreitet, im Osten zu suchen hat, und die diese Interessen nur im Einverständnis mit Frankreich verfolgen darf. Und welches Aequivalent wird uns für das Verzichten auf jede selbständige Politik geboten? Wir sehen nichts, was einem Aequivalent ähnlich ist. Denn die Versicherung des Herrn Verfassers, daß Frankreich, welches durchaus keine offensive, sondern nur defensive Tendenz hat, seine legitime Stellung als Centralmacht Europas aufrecht zu erhalten, vernünftigerweise an die Rheingrenze nicht denken kann, bindet doch die französische Politik in keiner Weise. Wer kann dafür stehen, daß Frankreich, wenn es Oestreich an sein System gekettet hat, nicht auch einmal so unvernünftig denkt, den Besitz des Rheinuferes für einen reellen Gewinn oder für die nothwendige Vorbedingung zur Erfüllung seiner europäischen Mission zu halten? Und wird Oestreich, mag es auch noch so tugendhaft über die Erhaltung der deutschen Territorialintegrität denken, uns in einem solchen Falle vor der extravaganten Begehrlichkeit seines Bundesgenossen schützen? Deutschland hat keine Ursache, aber auch kein Bedürfnis, sich den Besitz seiner Grenzländer durch eine von Oestreich vermittelte Integritätsaffecuranz gewährleisten zu lassen. —

So zerfließen die Vortheile, die die Trias bringen soll, in Nebel. Es bleibt nichts übrig, als die alte Vielstaaterie, und der wahre Sinn der Trias ist die Verassecurirung der bestehenden Zustände.

Die Trias ist aber deshalb unfähig, irgend eine Veränderung hervorzubringen, weil sie nichts ist als ein Gedankenspiel ohne alle Realität, ebenso nebelhaft ihrem Wesen nach, wie die Vortheile, die sie bringen soll. Eine Trias setzt doch drei selbständige Glieder voraus, d. h. außer Preußen und Oestreich noch das reine Deutschland der Mittel- und Kleinstaaten. Das dritte Glied, ohne dessen Existenz die ganze Idee in der Luft schwebt, ist aber als einheitlicher und selbständiger Körper gar nicht vorhanden; es ist ein Phantom, welchem Leben einzuhauchen nicht minder schwierig sein möchte, als ganz Deutschland plötzlich in einen Einheitsstaat umzugestalten. Daß unter Umständen ein nationaler Gedanke in der losen Gruppe der Mittel- und Kleinstaaten eine besonders lebhaftere Vertretung finden kann, soll nicht bestritten werden; ob aber auch eine wirksame Vertretung, das ist denn doch fraglich. Der Verlauf der schleswig-holsteinischen Frage ist für dies Verhältniß durchaus charak-

teristisch. Man soll einem Theil der Mittelstaaten den Ruhm nicht schmälern, in dieser Angelegenheit den Forderungen der Nation anfangs einen kräftigen Ausdruck gegeben zu haben. Man wird aber auch zugeben müssen, daß sie sich unfähig gezeigt haben, etwas Erhebliches zur Realisirung ihrer guten Wünsche zu thun. Das Eine wie das Andere ist aber auch ganz natürlich und den Verhältnissen entsprechend. Einem stärkern Druck der öffentlichen Meinung müssen die Mittelstaaten zunächst sich fügen. Stärker aber noch als dieser Druck wirkt derjenige, den die beiden Großmächte ausüben. Die öffentliche Meinung allerdings hat Großes geleistet, aber nicht dadurch, daß sie die mittelstaatlichen Regierungen fortgerissen hat, sondern dadurch, daß sie Preußen nöthigte, sie mit dem einzig wirksamen Mittel, mit den Waffen, zu vertreten. Daß Preußen für die nationale Auffassung der Sache eintreten mußte, daß es Oestreich zur Theilnahme am Handeln nöthigte (denn daß Oestreich sich nur deshalb an der Action betheiligt hat, weil es Preußens Aufforderung nicht ablehnen konnte, werden ja auch wohl unsre Gegner nicht bestreiten), nur dadurch sind die Herzogthümer befreit worden. Ob Preußen von Anfang an die Trennung der Herzogthümer von Dänemark im Auge gehabt hat oder ob es durch den Gang der Begebenheiten veranlaßt worden ist, seine Forderungen successiv höher zu spannen, darauf kommt hier gar nichts an. Das Wesentliche und für die Beurtheilung der deutschen Machtverhältnisse Entscheidende ist: Preußen mußte handeln und konnte handeln; es mußte in nationaler Richtung handeln, und einmal engagirt, wurde es durch die Erfolge seiner Waffen dahin gebracht, den vollen Inhalt der nationalen Forderungen zu erzwingen. Ob dieser Erfolg vom Beginne des Krieges an beabsichtigt gewesen ist oder nicht, dies, wie gesagt, ist nicht das Wichtigere. Die Mittelstaaten dagegen, auch bei dem besten Willen, konnten nichts ausrichten, da eine Vielheit selbständiger Körperschaften gelegentlich wohl gemeinsam empfinden und wünschen, nicht aber gemeinsam handeln kann. Das Höchste, wozu es der Bundestag bringen konnte, sind correcte Beschlüsse gewesen; zu einer Action hat er sich nicht aufgeschwungen; ja man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß er eine entschiedene Scheu vor jedem Beschluß gehabt hat, der zu einer Action hätte führen können. Dies würde natürlich nicht anders werden, wenn die Triasverfassung decretirte, daß die Mittel- und Kleinstaaten einen einheitlichen Körper bilden sollten; ein derartiges Decret würde einfach keinen Erfolg haben; weder die wittelsbachische noch die welfische Macht würde sich dazu verstehen, ihrem „historischen“ Verufe untreu zu werden. Warum haben die Mittelstaaten die gute Gelegenheit vorübergehen lassen, sich als Ganzes zu constituiren? Die Landesverfassung hätte sie nicht gehindert, die Trias als vollendete Thatsache aus dem deutsch-dänischen Conflict hervorgehen zu lassen. Was aber bei den allergünstigsten Umständen, die sich überhaupt denken lassen, in einem Momente,

in dem das mittelstaatliche Deutschland zum ersten Male, und zwar im Gegensatze zu den beiden Großmächten, sich der nationalen Sympathien erfreute, sich füglich nicht hat erreichen lassen, das wird man im politischen Sinne als unmöglich bezeichnen können.

Wenn ferner Herr Fröbel auch in der Handelspolitik den Ansaß zu einer dreieitlichen Stellung der deutschen Staaten sieht, so ist dieser Ansaß wenigstens außerordentlich schwach gewesen; oder besser gesagt, er bestand nur in der Phantasie derjenigen Staaten, die verblendet genug waren, gerade auf dem handelspolitischen Terrain, wo alle Vortheile auf Seiten des Gegners waren, Preußen den Kampf anzubieten. Die Illusionen, denen man sich in München und Stuttgart hingab, sind schwer begreiflich, zumal da von Anfang klar hervortrat, daß es den verschiedenen Gliedern der Gruppe durchaus an einem gemeinsamen Standpunkt fehlte. Wie sollten z. B. Bayern, Sachsen und Hannover sich zu einem handelspolitischen System vereinigen? Die schroffsten Gegensätze traten innerhalb der Gruppe unvermittelt gegenüber, eine Ausgleichung derselben war nur möglich durch die Vereinigung der kleineren Staaten mit einem größeren, der die Gegensätze in sich bereits überwunden und gebunden hatte, zu einem einheitlichen großen Handelsgebiete. Man hat dies auch wohl selbst in Süddeutschland niemals verkannt; aber die Tendenz, die Schwierigkeiten, die man Preußen bei Durchführung des Vertrages in den Weg legen zu können glaubte, zu Zwecken der hohen Politik auszubeuten, gewann die Oberhand über jede sachliche Erwägung. Verbündet mit den principiellen Schutzöllnern machten die süddeutschen Regierungen eine Opposition, die auch dem befangensten Blicke in dem Moment als gescheitert erscheinen mußte, wo Sachsen, dem mächtigen Zuge seiner handelspolitischen Interessen folgend, seinen Beitritt zum Handelsvertrage erklärte. Zwischen dem finanziellen und commerziellen Ruin und eine schwere politische Niederlage gestellt haben die Gegner des Vertrages schließlich die letztere gewählt, wenn überhaupt hier noch von einer Wahl die Rede sein konnte. So hat Preußen in dieser Angelegenheit ohne Anwendung drastischer Mittel, einfach durch Geltendmachen seiner natürlichen Position als Schwerpunkt der Elemente, die außer ihm einen Schwerpunkt nicht haben, einen bedeutenden Erfolg davongetragen; ob einen vollständigen, das wird freilich erst der Ausgang der Verhandlungen mit Oestreich zeigen. Indessen scheint es doch, daß man in Bezug auf diese Verhandlungen nicht Ursache hat, sich Besorgnissen hinzugeben, da sich kein genügender Grund ersehen läßt, weshalb Preußen, ohne jede zwingende Nothwendigkeit, aus reiner Großmuth Oestreich Concessionen machen sollte, die irgendwie, sei es auch erst für eine ferne Zukunft die Selbstständigkeit der Zollvereinspolitik zu schmälern geeignet sein könnten. Man wird sich daher wohl der zuversichtlichen Hoffnung hingeben können, daß der Sieg der nationalen Sache, die Preußen in der Handelsfrage vertritt,

ebenso entschieden sein wird wie es die Niederlage der Gegner des Handelsvertrages ist.

Zum Schluß können wir nicht umhin, noch mit einigen Worten auf eine Stelle einzugehn, in der Fröbel offenbar unter dem Eindruck der schleswig-holsteinischen Frage im ersten Stadium ihrer Entwicklung seine Ansichten über den Gang und die verschiedenen Phasen, welche die deutsche Bewegung durchgemacht hat, kurz und bündig zusammenfaßt. S. 286 heißt es, das deutsche Volk sei von der Hoffnung auf Preußen zur Hoffnung auf Oestreich, von der Hoffnung auf Oestreich zu der Hoffnung auf die Mittelstaaten getrieben worden. Die allgemeine deutsche Republik der Reichsverfassung von 1849 mit dem großdeutschen Kaisertum unter Preußen habe dem kleindeutschen Programm mit der preussischen Hegemonie, letzteres der großdeutschen Bundesreform mit der östreichischen Hegemonie, diese Bundesreform wieder der vereinten Mainlinienpolitik, endlich alles dies der Richtung auf die Trias weichen müssen. Die verschiedenen Tendenzen, die in der nationalen Bewegung sich geltend zu machen gesucht haben, sind in dieser Aufzählung allerdings ganz richtig bezeichnet. Unrichtig ist aber die Auffassung, daß jede dieser Richtungen von der nachfolgenden abgelöst und gewissermaßen zu einem überwundenen Standpunkte herabgesetzt sei. Man muß hier wohl unterscheiden: die Triaspolitik hat sich allerdings aus der großdeutschen Politik entwickelt; das bloße Dasein der triadischen Partei ist ein unanfechtbarer Beweis für die völlige Zersetzung der großdeutschen Partei. Beide Richtungen gehören eng zusammen, sie sind verschiedene Manifestationen desselben Grundgedankens; und gerade in dieser Zusammengehörigkeit liegt die Ursache der großen Wirkung, welche ohne Zweifel die gegenwärtige Niederlage der Triaspolitik auf die fernere Gestaltung der deutschen Verhältnisse ausüben wird: der Schlag, der die Trias getroffen hat, hat zugleich die Grundlagen des großdeutschen Systems aufs tiefste erschüttert. — Das kleindeutsche System ist dagegen niemals von einem anderen abgelöst worden. Es hat je nach der Gunst und Ungunst der politischen Temperatur gute und böse Tage erlebt; es hat sich den nachtheiligen Einwirkungen des preussischen Verfassungsconflictes nicht zu entziehen vermocht, aber es ist nicht einen Augenblick vom Plaze gewichen; es hat sich als einziges System bewährt, welches ein reales Ziel, nicht ein bloßes Phantasiebild verfolgt. — Was aber die Mainlinienpolitik betrifft, so nimmt sie unter den verschiedenen Richtungen der deutschen Bestrebungen insofern eine gesonderte Stellung ein, als sie in der Nation eigentlich keinen Boden hat. Uebrigens ist es, wie wir bei dieser Gelegenheit bemerken wollen, auffallend, daß man in den Mittelstaaten nicht schon längst zu der Erkenntniß gekommen ist, daß nur der kleindeutsche Gedanke im Stande ist, der trotz aller Unpopularität doch durchaus nicht unbedeutenden Macht der Mainlinienpolitik wirksam entgegenzuarbeiten.